02.05.2015 Reutlinger Nachrichten

REUTLINGEN

Deutsche Marktwirtschaft ist Machtwirtschaft

Die Macht der Großunternehmen sei zu groß, der Staat ebenso gefordert wie die gesamte Gesellschaft - "um ein Gegengewicht zu schaffen", betonte Gerhard Schick bei einer Lesung in der Reutlinger VHS.

NORBERT LEISTER



Auf Einladung von Beate Müller-Gemmeke war am Donnerstag der finanzpolitische Sprecher der Bundes-Grünen, Dr. Gerhard Schick, in der Reutlinger Volkshochschule. Foto: Norbert Leister

In seinem Buch "Machtwirtschaft - Nein danke" sieht sich Dr. Gerhard Schick eben nicht auf den Spuren von Bundeskanzler Ludwig Erhard in der Phase des deutschen Wirtschaftswunders nach dem Zweiten Weltkrieg - obwohl ihm die Seelenverwandtschaft angedichtet wird. Vielmehr habe Erhard, als es darum ging, die Macht der Industrie mit einem starken Kartellamt einzuschränken, "dem Druck aus der Industrie nachgegeben und dadurch Fusionen erleichtert", sagte der Grüne am Donnerstag vor seiner Lesung in der VHS.

Das Soziale an Erhards Marktwirtschaft sei damit deutlich zu kurz gekommen. Und heute? "Heute gibt es im Einzelhandel etwa vier große Gruppen, die einen Marktanteil von 85 Prozent besitzen", sagte der diplomierte Volkswirt. "Das ist viel zu konzentriert, dadurch zahlt der Kunde höhere Preise, und vier Einkaufsmanager bestimmen letztendlich, was in die Regale kommt." Genau das seien aber unfaire Handelspraktiken. "Ein zweites Beispiel ist Amazon, das Unternehmen besitzt mittlerweile einen Anteil von 30 Prozent am deutschen Buchmarkt und nutzt das gezielt aus", so Schick. "Solch wirtschaftliche Macht ist gefährlich für eine freie Gesellschaft", lautet sein Fazit.

Hinzu komme, dass Großkonzerne wie Amazon, Apple oder auch Google "in Europa praktisch keine Steuern zahlen. Starbucks etwa leistet in Deutschland keine Ertragssteuern, weil das Unternehmen Steuerlücken gezielt ausnützt", erläuterte der Wirtschaftsexperte.

Diesen Marktvorteil könnten die kleinen Cafés oder die kleinen Buchhändler überhaupt nicht aufholen, wenn sie vor Ort brav ihre Abgaben leisten, betonte Schick. Da sei der Staat gefordert, um die großen Ketten und Konzerne quasi ein Stück weit an die Leine zu legen, mit Rahmenbedingungen, die keine Steuerschlupflöcher lassen. "Aber der Bundestag schafft das nicht alleine", betonte der Grünen-Politiker. Die gesamte Gesellschaft sei gefordert. Wie? "Nehmen wir das Beispiel TTIP - da braucht es Parlamentarier, die bestimmte Fakten offenlegen, gleichzeitig haben jetzt schon mehr als 1,5 Millionen Menschen sich per Unterschrift gegen das Freihandelsabkommen ausgesprochen." Schick fordert zudem in seinem Buch den Lobbyismus der großen Konzerne zu unterbinden. "Die Deutsche Bank gab allein 2014 zwei Millionen Euro aus, um in Brüssel Lobbyarbeit zu finanzieren", so der Grüne. "Damit kann man sich viele Fachleute einkaufen und einige Studien erstellen lassen." Und so Debatten in gewünschte Richtungen lenken. Oder der Einfluss der Auto-industrie: "Es ist Aufgabe der Grünen, darauf hinzuweisen, wenn BMW den kurzen Draht zur Kanzlerin nutzt."

Schick fordert zudem, dass der Staat Regeln für den Finanzmarkt bestimmt - stattdessen hätten aber "die Banken den deutschen Staat ausgetrickst". Mit Zinswetten, mit "Cum-Ex-Geschäften", bei denen "das Finanzamt zur Auszahlungsstelle für große Unternehmen geworden ist und die Konzerne sich doppelt Steuern rückerstatten lassen", so Schick. Zwischen 2002 und 2012 seien dabei dem deutschen Staat rund 12 Milliarden vorenthalten worden. "Und das alles ohne jegliche Gegenleistung." Es gebe, so der finanzpolitische Sprecher in vielen Bereichen "deutlichen Reformbedarf".